FLORA-SPENDENKONTO
Konto: Rote Flora e.V.
Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20
Ktonr. 29492/202

RALF UND KNUD
Spendenkonto für Verteidigungskosten:
RA Beuth
Anderkonto "Knud und Ralf"
Hamburger Sparkasse
Kto-Nr.: 1250/124029
BLZ: 200 505 50

ZUR VERURTEILUNG VON GERHARD BÖGELEIN
Solikonto G. Bögelein
Ktonr. 1228/128938
HASPA, BLZ 200 505 50

Menschen/Gruppen, die Artikel bei uns veröffentlichen wollen, können diese jeweils bis zum ***15. des Vormonats*** am Flora-Tresen abgeben.
Wir sind froh, über jeden Artikel, den wir nicht selber schreiben müssen, damit keine Fehler aus Zeitdruck oder Informationsmangel entstehen!

WIR BRAUCHEN LEUTE/GRUPPEN, DIE LUST HABEN, TRESENSCHICHTEN ZU ÜBERNEHMEN!!! Wer Interesse hat, kann sich beim Info-Café jeden Donnerstag melden.

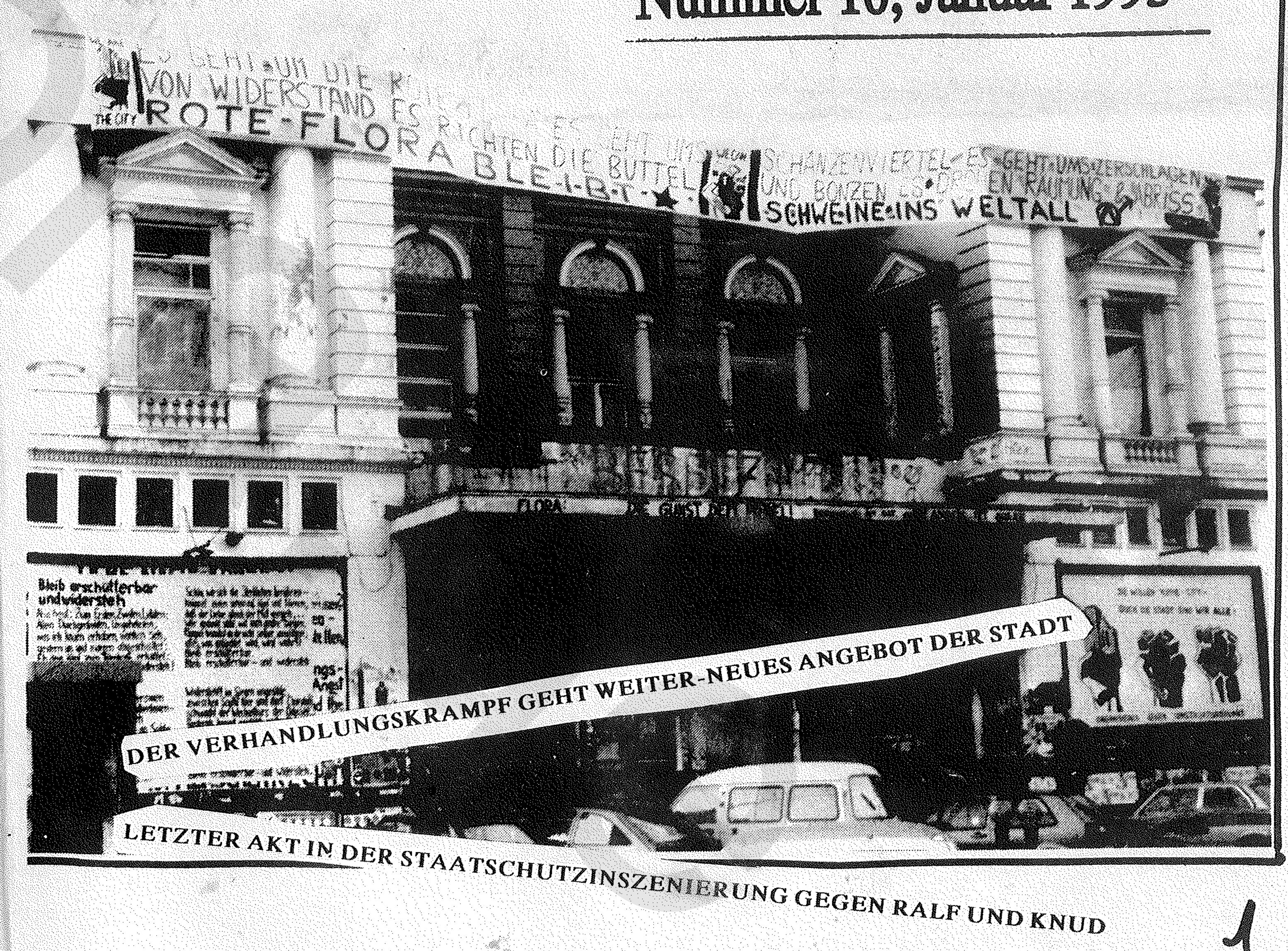
Leute/Gruppen, die dauerhaft einen Raum in der Flora nutzen wollen oder sonst Fragen zur Raumverteilung haben, können sich dienstags zwischen 16.00 und 18.00 Uhr oder donnerstags beim Info-Café in der Vokü am Tresen erkundigen.

INFO-CAFÉ IN DER FLORA
JEDEN DONNERSTAG 16.-21.30 UHR
Wer Informationen zur Roten Flora haben will- was war, was ist, was soll bloß werden- soll doch mal vorbeischauen. Die freundliche Tresenschicht gibt gerne Auskunft!!

GRESER



Nummer 10, Januar 1993

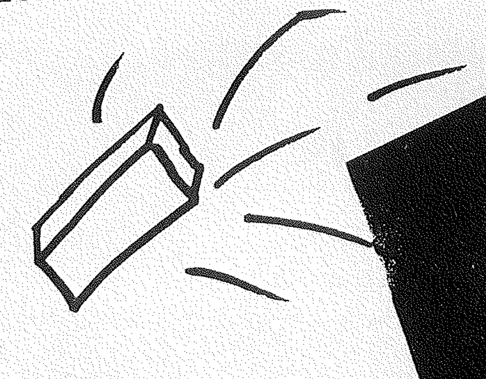


DER VERHANDLUNGSKRAMPF GEHT WEITER-NEUES ANGEBOT DER STADT

LETZTER AKT IN DER STAATSCHUTZINSZENIERUNG GEGEN RALF UND KNUD

INHALT

Neues Gesprächsangebot an die Flora S. 3
Presseerkärung der Soli- gruppe Ralf und Knud S. 5
Zum Prozeß gegen Ralf+Knud S. 7
Totalverweigerer in Arrestzelle S. 9
Antifa-Perspektivdiskussion S.10
Zu den Ereignissen in Leipzig S.12
Streit um ein Transparent- Teil II S.14
Aasfraß und Veganismus S.15
Flora-Frauenchor in Berlin S.19



ZECK-Kontaktadresse:
FLORA-ÖFFENTLICHKEITSGRUPPE
C/O ROTE FLORA
SCHULTERBLATT 71
2000 HAMBURG 36

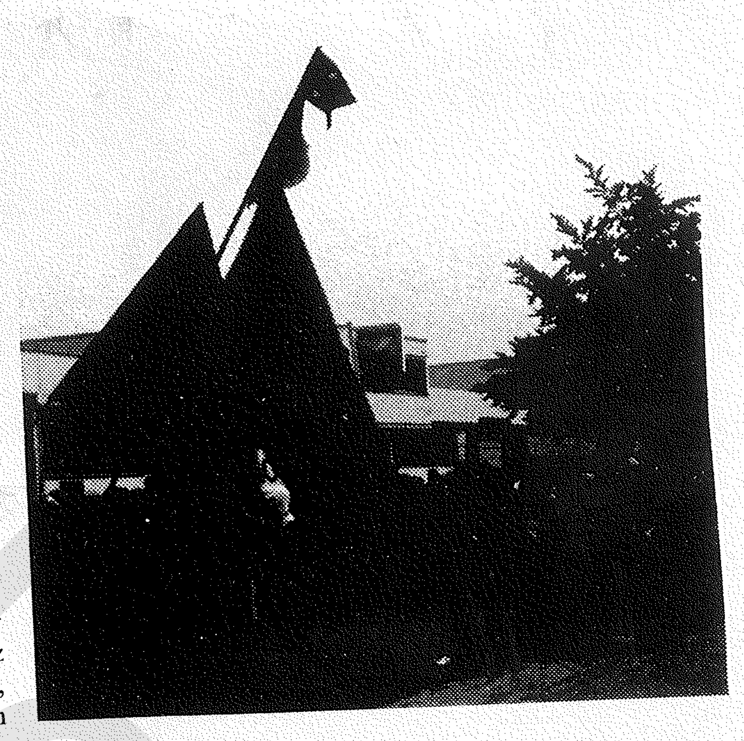
Impressum:
ViSdP: F. Lora
Linkspfad 129a
2000 Hamburg 93

FLAUTE BEI TRAUTE

NEUES ANGEBOT AN DIE FLORA

Am 22.12.92 hatte die STEB - wider Erwarten - zu einem neuen Gespräch geladen. Müller stellte zu Beginn gleich noch einmal klar, daß die einzige sichere Chance für einen Vertrag für die Flora sei, wenn wir die gesamte erste Etage einem 2. Träger für Kinderbetreuung überließen und bestenfalls ein Mitspracherecht bei der Wahl des Trägers hätten. Unser letztes Angebot (Kinderbetreuung unter eigener Trägerschaft getrennt von uns in einem noch zu errichtenden Anbau) würde vom Senat nicht akzeptiert.
Und dann kam's: Strenge holte einige Bauzeichnungen aus dem Sack:
eine organisatorisch und räumlich getrennte Kindertagesstätte, die in einem Anbau zwischen Roter Flora und Weißer Ecke und einem Teil des Obergeschosses der Roten Flora arbeiten soll. Wir sollen durch einen Raum im Anbau, neben der Vokü, einen Teilausgleich für unseren Raumverlust im ersten Stock bekommen. Zwischen den Räumen der Kita und der Roten Flora sollen massive Wände stehen, so daß es sich faktisch dann um zwei Gebäude mit eigenen Eingängen, Treppenhäusern, etc. handeln würde. Das Büro, der Radio St. Paula Raum, der Offset Raum, der Olaf Ritzmann Raum, zwei Drittel des Schlafraumes und mehr als ein Drittel der oberen Halle werden uns weggenommen. Vor allem der Verlust der Gruppenräume und von zwei Drittel des Schlafraumes bedeutet einen Engriff in unsere Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten, der durch den neuen Raum neben der Vokü kaum ausgeglichen werden könnte.
Müller tat so, als sei das ganze Konstrukt ausschließlich auf dem Mist von Strenge gewachsen und wurde nicht müde zu betonen, daß dieser Vorschlag den Intentionen des Senats nicht ganz entsprechen würde, sie keineswegs davon ausgeht, daß der Senat zustimmen wird usw., usw.. Auf jeden Fall sei überhaupt keine weitere Alternative zu diesem Vorschlag möglich.
Wir haben uns die Texte angehört und uns inhaltlich nicht geäußert: zum einen waren wir von ihnen über den Zweck des Treffens vorher nicht informiert worden, zum anderen müssen wir zuerst in unseren Strukturen diskutieren.

Zweifellos kann das erneute Gesprächsangebot und der neue Vorschlag von STEB und Bezirk so interpretiert werden, daß sie realisiert haben, daß sie sich bewegen müssen, daß sie ihr Verhandlungsdiktat nicht einfach so durchziehen können, sondern auf uns zugehen müssen. Die STEB und der Bezirk Altona haben scheinbar eingesehen, daß die schon fertigen Räumungspläne für die Flora nicht ohne weiteres umzusetzen sind, da viele Leute und Organisationen auch über die Szene hinaus sich hinter uns stellen und sich mit uns solidarisieren. Der Senat hat es nicht geschafft, ein politisches



Die Baupläne zu diesem Vorschlag befinden sich im Zeck-Ordner (einzusehen am Vokü-Tresen in der Flora)



Klima für eine Räumung herzustellen, unsere Argumente und unser Druck haben dies (bis jetzt) verhindert.
Als konkreter "Erfolg" für uns bei dem neuen Vorschlag ist auch zu verzeichnen, daß trotz geklauter Räume der 2. Träger vom Tisch ist und daß nach diesem Vorschlag getrennte Mietverträge und getrennte Räumlichkeiten vorgesehen sind.

Wir können zu diesem Zeitpunkt noch keine Einschätzung liefern, können nicht sagen, ob das ein akzeptabler Kompromißvorschlag für uns ist. Wir befinden uns noch im Diskussionsprozeß und müssen jetzt genau prüfen, ob wir uns auf eine räumlich reduzierte, dafür vertraglich gesicherte Rote Flora einlassen, oder ob der Preis der geklauten Räume im 1.Stock uns zu hoch ist. Weiter müsen wir genau hingucken, wo die Vor- und Nachteile einer solchen Lösung sind, ob es mögliche Fallen dabei gibt und ob in den für uns vorgesehenen Räumlichkeiten der Betrieb des Zentrums und die Umsetzung unseres Konzeptes möglich sind.
Und - wie gesagt -selbst wenn wir uns darauf einlassen würden, müßten erst noch Hackmann und Voscherau grünes Licht geben und besteht immer noch die Gefahr, daß bald Räumung und Abriß drohen.

ROTE FLORA GEMEINSAM DURCHSETZEN - JETZT ODER NIE!!

Unsere Position in den Verhandlungen und in der Öffentlichkeit ist -wie gesagt- nicht die schlechteste. Trotzdem geht es jetzt darum, den schon aufgebauten Druck noch zu verstärken und die Flora **gemeinsam** mit vielen Leuten durchzusetzen.
Dazu gehört auch, daß alle in ihren Gruppen oder mit FreundInnen die Situation der Flora - und jetzt konkret den neuen Vorschlag der STEB - diskutieren und uns Flora-Leuten die Ergebnisse zukommen lassen - sei es in Diskussionspapieren, in Gesprächen oder auf offenen Plena (das nächste am 7.1.93). Wir brauchen eine gemeinsame Diskussion über die Zukunft der Roten Flora!
Weiter sollten sich alle nochmal klarmachen, auch die, die die Flora nur selten nutzen, wie wichtig die Flora für den Stadtteil und die linksradikale Szene in Hamburg ist und welche Bedeutung eine Ausradierung der Flora z.B. für die Umstrukturierung im Schanzenviertel hat.
Wir Flora-AktivistInnen und NutzerInnen können die Flora nicht allein durchsetzen, sondern brauchen vielfältige Unterstützung von ganz vielen unterschiedlichen Leuten und Gruppen.
Auch wenn es so aussieht, daß die STEB und der Bezirk Altona eine vertragliche Lösung versuchen wollen, ist die Flora nach wie vor in Gefahr. Denn die Entscheidung im Senat wird von den Politikern getroffen, die die Flora immer wieder angreifen und weghaben wollen.
Gerade nach diesem neuen Verhandlungsangebot ist es wichtig, gemeinsam **d e n** Druck aufzubauen, der den Erhalt der Roten Flora mit oder ohne Vetrag erst möglich macht!!

KOMMT ZUM OFFENEN PLENUM AM 7. JANUAR 1993!
ÜBERLEGT EUCH WAS! MACHT AKTIONEN!!
ROTE FLORA BLEIBT!!

Genaures zur Chronologie der Verhandlungen und unserer Einschätzung bis zum Gespräch am 22.12. könnt Ihr in unserem Flugblatt nachlesen. Einschätzungen zum jetzigen Stand wollen wir auf dem offenen Plenum am 7. Januar geben.

Flora-Öffentlichkeitsgruppe



Presseerklärung der Soligruppe Ralf und Knud vom 14.12.92

Ich möchte hier als Vertreter/In der Soligruppe eine Zwischenbilanz des bisherigen Verfahrens ziehen.
Seit dem Tag der Festnahme von Ralf Gauger und Knud Andresen am 29.7.91 haben sich viele Menschen zu diesem Verfahren verhalten; Genossen und Genossinnen, enge FreundInnen und Freunde, Eltern, ehemalige Lehrerinnen une Lehrer und viele, die Ralf und Knud gar nicht persönlich kannten. Wir alle haben seitdem die Ereignisse mit Fassungslosigkeit, Wut und mit einem Gefühl von "das-kann-doch-nicht-wahr-sein" verfolgt.
Die Ermittlungen und der bisherige Prozeßverlauf zeigen, daß Ralf und Knud auf Biegen und Brechen sprichwörtlich der Prozeß gemacht werden soll.
So haben Ralf und Knud noch am Tage der Festnahme kriminaltechnische Untersuchungen ihrer Kleidung auf Betonstaub gefordert und nichts ist geschehen. Stattdessen hat ein Ermittlungsaufwand wie beim Falschparken zu einer Mordanklage geführt. Obwohl Ralf und Knud bereits im September letzten Jahres in einer Erklärung klargemacht haben, daß aufgrund ihrer politischen Identität, eine Tat wie die vorgeworfene für sie völlig ausgeschlossen ist, hat sie die verantwortliche Staatsanwältin Roitsch von Almelo mit hanebüchenen Indizien für weitere 4 Monate in Untersuchungshaft gehalten. Dafür hat die Staatsanwaltschaft unter ihrer Federführung sogar entlastende Fakten unterschlagen, um Ralf und Knud in U-Haft halten zu können.
Obwohl Ralf und Knud die Hintergründe ihres Aufenthalts am Tage ihrer Festnahme im Dezember '91 erläutert haben, die einen Anschlag auf eine Bahnstrecke ausschließen, ist der Prozeß mit dem absurden Anklagekonstrukt eröffnet worden.
Lügen, Meineid, Pannen, Aussageverweigerung, Nichtaushändigung von Beweismaterial, Widersprüche, Steuerung des Verfahrens durch das LKA haben vom 1. Verhandlungstag an das Verfahren bestimmt.
Auch wenn die 4 LKA Beamten im Gericht maskiert erscheinen, zeigten sie vom 1. Tag an ihr wahres Gesicht:
Verbotene Absprachen der "Belastungszeugen" untereinander und mit ihren Vorgesetzten; sogenannte Tatortbesichtigungen der 4 LKA Beamten mit Vorgesetzten ihrer Dienststelle haben nicht im Zuge polizeilicher Ermittlungen stattgefunden, sondern um ihr offensichtliches Konstrukt wasserdicht zu machen. Im Gericht half ihnen sogar ein Rechtsbeistand dabei, ihre Lügen vor der Aufdeckung zu schützen. Aus all dem wird deutlich, daß es für ihr Feindbild unerheblich ist, was vorgefallen ist, entscheidend ist, daß sie 2 Menschen aus dem linken Widerstand kriminalisieren können. Dafür schrecken sie vor nichts zurück.
Und auch Gericht und Staatsanwaltschaft tragen und unterstützen das Konstrukt auf ihre Weise mit.

Die Staatsanwältin Roitsch von Almelo unterschlägt entlastendes Material für Ralf und Knud und zeigt sich voreingenommen und parteiisch. Sie versucht alles, um ihre absurde Anklage aufrecht zu erhalten.
Und auch das Gericht zeigt nun seinen Verurteilungswillen. Mit der Freilassung von Ralf und Knud am ersten Verhandlungstag, dem 27.1.92, hat es deutlich gemacht, daß es nicht wegen "versuchten Mord" verurteilen will. Gleichzeitig hat es dem Prozeß, der schon im Vorfeld durch massiven öffentlichen Druck begleitet wurde, die Schärfe genommen. Ein Irrtum oder ein Konstrukt der LKA Beamten ist für sie nahezu ausgeschlossen. Die Kammer verhält sich im Prozeß desinteressiert und unkritisch. Die von der Verteidigung aufgedeckten Lügen und Widersprüche versucht sie glattzubügeln. Für sie ist nur das sog. Kerngeschehen wichtig und das steht für sie fest.
Den Prozeß gegen Ralf und Knud einen Justizskandal zu nennen erscheint fast geschmeichelt. Denn diese Bezeichnung verkennt die Normalität von Staatsschutz, Strafverfolgung und Justiz, die jeden Tag "Skandale" produzieren.
Eine Normalität, die ganz konkreter Ausdruck der bürgerlichen Justiz als Herrschaftsinstrument einer Klassengesellschaft ist. Ihr Ziel ist, deren kapitalistischen, rassistischen und sexistischen Grundlage zu reproduzieren und abzusichern. Die Tatsache, daß die Strafverfolgungsbehörden selektiv bei ihren Tätigkeiten nach gesellschaftlicher Stellung, Geschlecht und Nationalität agieren, läßt sich durch unzählige Beispiele belegen. Wir wollen im folgenden keine grundsätzliche Kritik/Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Justiz leisten, geschweige denn Alternativen aufzeigen. Uns geht es aus aktuellem Anlaß darum, noch mal deutlich zu machen, daß das Verfahren gegen Ralf und Knud ausschließlich auf dem Hintergrund der einseitigen, gegen Linke gesellschaftliche Kräfte agierenden Staatsschutzbehörden zu verstehen ist.

Dieses Vorgehen des Staatsschutzes ist nicht nur aus seiner historischen Kontinuität zu begreifen, sondern drückt auch das aktuelle, konkrete Interesse der Herrschenden aus. Für sie haben die faschistischen Mörder und Gewalttäter von Rechts eine Funktion für die Neubestimmung der politischen und gesellschaftlichen Grundlagen in Großdeutschland. Dementsprechend werden sie auch nur zum Objekt des Staatschutzes, wenn der internationale Druck dies aus Imagegründen erforderlich macht.
Ansonsten wird, z.B. wie in Mölln, der Nazi Michael Peters nicht verhaftet, obwohl ein dringender Verdacht der Staatsanwaltschaft vorliegt, daß er mehrere Flüchtlingsunterkünfte angezündet hat, weil dem Richter die Beweise nicht ausreichend schienen.
In Rostock machte die Polizei den Pogrom-Tätern den Weg frei, indem sie angeblich nicht in der Lage war, den täglich wiederkehrenden Angriffen ein Ende zu setzen. Kurze Zeit später geht sie brutal gegen Jüdinnen und Juden vor, die gegen den deutsch-rumänischen Abschiebevertrag protestieren und an die Ermordung von Roma und Sinti in Ausschwitz erinnern wollten, und verhaftet sie. Anläßlich der Großdemo gegen Pogrome zeigt sie schließlich ihre "Leistungsfähigkeit", indem sie mit 5000 Beamten tausende Demonstranten an der Teilnahme an der Demo hinderte. Die wenigen eingeleiteten Verfahren gegen die Rassisten enden fast alle mit mehrwöchigen Strafen, zum größten Teil auf Bewährung.
(Waffenlager, "Wehrsport"-Übungen, Brandanschläge, Angriffe und Morde - das Ganze organisiert und durch propagandistische Hetze begleitet - für all das fehlen dem Staatsschutz Beweise, haben sie rechtliche- und Zuständigkeitsprobleme. Demgegenübergestellt werden sollen nur beispielhaft die Polizeieinsätze beim WWG in München: Jahre Knast wegen einer Veranstaltung zu politischen Gefangenen, Observationen nur auf Verdacht der Zugehörigkeit zur "linken Szene" u.s.w., also das Vorgehen gegen links, für das der Stammheim-Staat weltberühmt wurde.)
Wer gegen dieses System kämpft, wer den Rahmen staatlich-kontrollierter Politik verläßt - damit diese Ordnung infrage stellt, der/die muß damit rechnen, bekämpft zu werden. Der Straftatbestand besteht zunächst in der falschen, nämlich linken Gesinnung.
In dieser Logik ist es konsequent, wenn LKA, Verfassungschutz oder Justiz auf allen Ebenen auf die Roten Flora vorgehen, gegen z.B. Menschen aus der Roten Flora vorgehen, sie observieren, versuchen für den VS anzuwerben, durch die E-Schicht brutal mißhandeln, etc.
Entscheidend für das Vorgehen von Staatsschutz und Polizei ist, ob jemand in ihr Feindbild vom linken Gewalttäter paßt und das ist auch der Ausgangspunkt und Hintergrund für alles, 'was in diesem Prozeß bisher geschehen ist.

Die Observation, die Ermittlungen, die Untersuchungshaft, der ganze beschriebene Prozeßverlauf - das alles hätte es so nie gegeben, wären Ralf und Knud den sogenannten Belastungszeugen nicht aus der Roten Flora bekannt. Ähnlich operiert die Justiz. So zeigen die politischen Prozesse der letzten Jahre, daß der Ausgang solcher Verfahren keine juristische Entscheidung ist: Unschuldsvermutung, Recht auf einen "fairen Prozeß", VerteidigerInnenrechte, "im Zweifel für den/die Angeklagte/n", Nachweis der individuellen Tatbeteiligung - all das gibt es in einem solchen Prozeß nicht. Es ist immer eine politische Entscheidung, ob jemand verurteilt wird. Das bedeutet für den Prozeß: Schuldvermutung, öffentliche Vorverurteilung, "im Zweifel gegen den Angeklagten", Tatnachweis allein über die sogenannte subjektive Tatseite, also Gesinnung und



oft sogar noch Kriminalisierung der VerteidigerInnen.
Die Urteile z.B. gegen Fritz Storim, Ingrid Strobel, Luiti Hornstein und Holger Deilke sind die Ergebnisse dieser Kriminalisierungsstrategien.
Und während politische Justiz in der Vergangenheit Menschen wegen ihrer linken Gesinnung verurteilt hat, wird das Gericht bei Ralf und Knud versuchen, sie trotz ihrer unmißverständlichen geäußerten Gesinnung zu verurteilen. Das ist die Konsequenz ihrer verlogenen Propaganda mit dem Tenor Rechts=Links=Gewalt, daß sie den beiden einen terroristischen Mordanschlag gegen 300 Leute vorwerfen.

Es ist genau das Merkmal politischer Justiz, daß sie alles so benutzen und zurechtzulegen, wie sie es gerade brauchen. Daß der behauptete absurde Mordversuch nicht offensiver in Öffentlichkeit und Gericht gegen linke politische Zusammenhänge benutzt werden konnte, ist nur der breiten Öffentlichkeit und Solidaritätsarbeit von vielen zu verdanken, die das Konstrukt frühzeitig wirkungsvoll deutlich machte. Das hat dann in den nun knapp 50 Gerichtstagen seine Fortsetzung durch die Verteidigung gefunden, wobei dann immer mehr Einzelheiten des Konstrukts aufgedeckt wurden. Mit dem Beweispaket heute, welches die wichtigsten Erkenntnisse zusammengefaßt hat, ist die Phase, die Lügen juristisch zu demontieren und zu beweisen, bald absehbar zuende.
Es wird jetzt durch vielfältige Initiativen darauf ankommen, den politischen Druck auf das Gericht soweit zu erhöhen, daß sich die juristische Demontage des Konstrukts auch praktisch auswirkt.

Freispruch für Ralf und Knud!

Abschaffung der politischen Sondereinheiten der Polizei (E-Schichten, FD 942, MEK), der Staatsschutzabteilungen des LKA und Verfassungsschutzes!

Abschaffung der politischen Justiz!

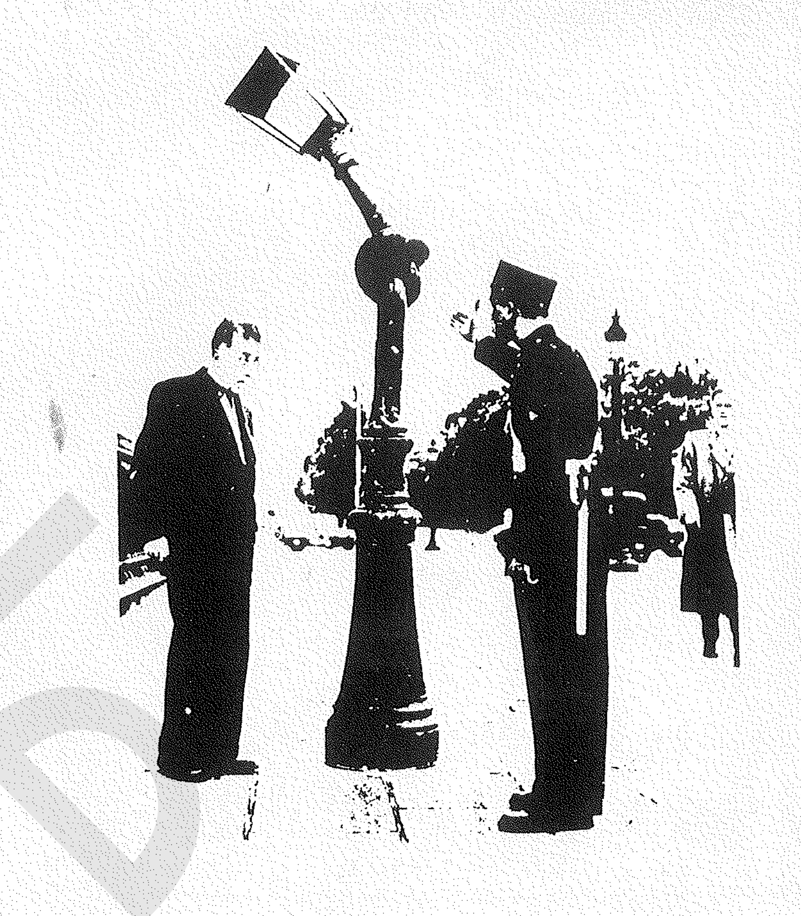
Rücktritt des Hamburger Innensenators Hackmann und des Justizministers von Schleswig-Holstein, Klinger!

Keine Kriminalisierung und Abschiebung von ImmigrantInnen und Flüchtlingen!

Rote Flora bleibt!!

SCHLUß MIT DER FARCE

SOFORTIGER FREISPRUCH FÜR RALF & KNUD !!!



Am Montag, den 14.12.92 - es war der 47. Verhandlungstag in dem absurden Prozeßspektakel gegen Knud und Ralf - ist die juristische Situation im Gerichtssaal durch vier Beweisanträge der Verteidigung zugespitzt worden, um das Gericht zu zwingen, nun endlich Stellung zu den Lügen und Widersprüchlichkeiten des LKA zu beziehen. Formal juristisch kann niemand an solchen Beweisanträgen vorbei. Das Gericht muß sich jetzt mit den Tatsachen und den LKA-Lügen auseinandersetzen. Die Verteidigung präsentierte in den vorgelegten Beweisanträgen belegbare Tatsachen, die unter anderem zeigen, daß Ralf und Knud zur angegebenen Tatzeit nicht am angegebenen Tatort waren.
Kurz zu den Inhalten der Beweisanträge:
Im Januar 1992, also lange vor den ersten Aussagen der angeblichen Tatzeugen, den vier Beamten des LKA Hamburg, haben Knud und Ralf Erklärungen bei einem Notar in Hamburg hinterlegt, die nun Teilgrundlage der Beweisanträge waren. In diesen Erklärungen legten beide dar, daß sie die Observation bereits auf der Autobahn nach Pinneberg bemerkt hatten. Als Beweis dafür sind in der Erklärung Farben und Marken der sie verfolgenden Fahrzeuge, sowie das Verhalten der observierenden Beamten festgehalten (z.B. der geschickte Sprung eines LKA lers in eine Hecke zur Vermeidung seiner Entdeckung durch Ralf und Knud). Desweiteren ist in diesen Erklärungen der

wahre Aufenthaltsort der beiden zur angegebenen vermeintlichen Tatzeit festgehalten worden. Sie waren in entgegengesetzter Richtung an einem Rosenfeld vorbeigegangen, an dessen Rand sie ein Fahrzeug mit Würzburger Kennzeichen bemerkten und auf dem sie drei Personen gesehen hatten. Diese Beobachtung wird von dem Besitzer des Rosenfeldes bestätigt, der diesen Termin mit den Würzburger Kunden in seinem Terminkalender festgehalten hatte. Von der Verteidigung wurden die Vernehmung der vier LKA-Lügner zur Beschreibung der von ihnen am 29.7.91 benutzten Observationsfahrzeuge, sowie die Vernehmung des Besitzer des Rosenfeldes zur Bestätigung Knud und Ralfs Beobachtungen dort beantragt.
Ein weiterer Beweisantrag beinhaltet die Vernehmung eines Betreuers des an den Bahngleisen angrenzenden Bauspielplatzes, der aussagen wird, daß dieser Übergang oft benutzt wird.
Die Begründung des LKAlers Jahnke, die weitere Observation bei Pinneberg sei erfolgt, weil er Knud und Ralf in einem Hamburger Postamt in einem Branchenbuch Itzehoe/Pinneberg habe blättern sehen, wird durch die Tatsache widerlegt, daß es zu dieser Zeit in diesem Postamt gar kein

solches Branchenbuch gab. Dazu wurde die Vernehmung eines Beamten des besagten Postamtes beantragt.
Zu guter Letzt wird durch einen weiteren Beweisantrag auch noch das Sehvermögen der Bullen äußerst zweilhaft. Denn die Beschreibung der Klamotten, die Ralf und Knud angeblich anhatten und an denen sie wiedererkannt worden sein sollen, weichen in >Form,Farbe und Assessoirs< deutlich von den an diesem Verhandlungstag vorgelegten Kleidungsstücken ab. Diese waren aber die, die die beiden am 29.7.91 getragen hatten.



Die Inhalte dieser Beweisanträge belegen mehr als eindeutig, das, was von Anfang an klar war : der gesamte Vorwurf ist ein Konstrukt, das von den Bullen selber mit einem enormen Aufwand gestützt wird. Die Geschichte ist von hinten bis vorne erstunken und erlogen, doch das Gericht ist bisher in keinster Weise bereit gewesen sie anzutasten oder anzuzweifeln, schon allein weil das LKA für sie ein Teil des schützenwerten Staatsapparates ist. Die verteidigung brachte auch genau diesen "Glaubwürdigkeitsvorschuß" der Bullen (>Es gibt keinen Grund warum sie lügen sollten/Ein Bulle lügt nicht.<) als einen allgemeinen Vorwurf an das Gericht vor. Unter diesem Aspekt wurde ebenfalls nochmal die mangelhafte Spurensicherung, die real eigentlich gar nicht stattgefunden hat, eingebracht. Nicht nur das Konstrukt an sich, sondern noch dazu eben solche Verfahrensweise haben aus dem Prozeß gegen Ralf und Knud das gemacht, was er jetzt ist: ein zähes, absurdes, widersprüchliches, vom Staatsschutz inszeniertes und gestütztes Schauspiel aus Staatsschutzlügen..
Am 7.1.93 wird das Gericht zu den genannten Beweisanträgen Stellung beziehen und eine Grundsatzentscheidung über den weiteren Verlauf des Prozesses abgeben. Daran wird sich die Tendenz des Prozeßausganges festmachen.Deshalb:KOMMT ALLE!!!
Am 4.1.93 beginnt der Prozeß erst um 14 Uhr.Auch dieser Termin ist ziemlich wichtig, denn es ist ein Zeuge von uns geladen.
VERHALTET EUCH! KOMMT ZU BEIDEN TERMINEN!
VERHALTET EUCH AUCH AUßERHALB DES GERICHTSSAALES!
SCHAFFT DRUCK UND ÖFFENTLICHKEIT

Weitere Termine:
Do. 7.1.93 19 Uhr Offenes Plenum zur Situation der Flora und zum Prozeß gegen Ralf und Knud in der Roten Flora

Sa. 9.1.93 Solikonzert für Ralf und Knud in der Markthalle

Do. 14.1.93 19 Uhr Edmund Veranstaltung zum Prozeß Siemers Allee

TOTALVERWEIGERER IN ARRESTZELLE

Am 20. Oktober '92 wurde Christoph in seiner Wohnung in Mönchengladbach von Feldjägern - unterstützt von Streifenpolizisten - festgenommen.
Zuerst wurde er in die Düsseldorfer Militärpolizeikaserne transportiert, wo er die erste Nacht verbringen mußte. Am nächsten Tag ging es weiter nach Breitenburg, wo Christoph am 1. Oktober seiner Einberufung Folge hätte leisten müssen.
Schon Monate vor seinem Einberufungstermin teilte Christoph dem zuständigen Kreiswehrersatzamt mit, daß er seiner Einberufung aus politischen Gründen nicht nachkommen werde. Ebenso erklärte Christoph, daß er auch den sog. Zivildienst ablehne, da dieser gleichermaßen militärische Zwecke erfülle und außerdem ein staatlicher Zwangsdienst sei. Das Kreiswehrersatzamt zeigte keinerlei Reaktion. Bis zu Christophs Festnahme ...
Christoph wurde zunächst zu 7 Tagen Arrest verurteilt. Dieser wurde dann mehrmals verlängert. Er hatte jeweils vor- und nachmittags 30 Minuten Ausgang und darf offiziell eine Stunde Besuch pro Woche empfangen (wobei v.a. die Handhabung der Besuchsregelung nicht so strikt gehandhabt wird).
Ende Oktober gab es dann eine Aktion von FreundInnen aus Mönchengladbach und Hamburg vor der Freiherr v. Fritzsch - Kaserne in Breitenburg (dort sitzt Christoph im Arrest). Es wurden Flugblätter an die dort stationierten Soldaten und an die Bevölkerung in Itzehoe verteilt.

Anfang Dezember, nach Verstreichen einer weiteren Arrestzeit, wurde Christoph lapidar mitgeteilt, daß er jetzt gehen könne. Auf seine Frage "wohin?" bekam er die Antwort, er solle 'rüber zu seinen "Kameraden", seinen Dienst antreten. Dennoch konnte Christoph die Kaserne erst einmal verlassen. Da er nach ein paar Tagen immer noch nicht beim morgendlichen Appell erschienen war, sahen sich Kreiswehrersatzamt und die Zuständigen der Fr. v. Fritzsch - Kaserne abermals genötigt, die Feldjäger loszuschicken. Am 8. Dezember wurde Christoph zum 2. Mal in seiner Mönchengladbacher Wohnung festgenommen und nach Breitenburg transportiert. Es besteht die nicht ganz unbegründete Hoffnung, daß er Ende Dezember



endgültig aus dem Arrest entlassen wird. Die Erfahrung zeigt, daß die Arreststrafe für Totalverweigerer nicht über 63 Tage hinaus verlängert wird. Dann allerdings folgt meist ein langwieriger Prozeß, bei dem der Angeklagte kaum eine Aussicht auf Freispruch hat.

FREILASSUNG VON CHRISTOPH HERRMANN !
keine verfolgung von totalverweigerern durch militär und justiz!

P.S.: Am 1. Dezember wurde der Totalverweigerer Gregor von einem Hamburger Landgericht in zweiter Instanz zu einer halbjährigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt.

DOKUMENTATION:

Antifa-Perspektivdiskussion

Am 16.11.92 fand in der Pumpe in Kiel eine Veranstaltung unter dem Titel "Antifaschistische Perspektiven". statt. Sie war mit über 150 Menschen aus ganz Norddeutschland sehr gut besucht. Hierin zeigte sich der große Bedarf an theoretischer Auseinandersetzung und Aufarbeitung von Antifapolitik. Ein Interesse, welches wegen den Zwängen der Praxis oft viel zu kurz kommt. Das Podium setzte sich aus Vertretern der Autonomen-Antifa-Szene zusammen. Eingeladen waren: Antifa(M)/Göttingen, Lupus-Gruppe/Frankfurt, Antifa- Info/Berlin und Avanti-Zeitung/Kiel. Diese Gruppen stellten in kurzen Statements ihre Einschätzungen zur Perspektive autonomer Politik vor.

Die Antifa(M)/Göttingen stellte ihr Organisierungskonzept, welches eine öffentliche Standpunktvertretung vorsieht und die Mängel früherer Konzepte von mehr oder weniger geheimen Kleingruppen beseitigen soll. Im legalen öffentlichem Rahmen sollen die eigenen antifaschistischen und antiimperialistischen Inhalte offensiv vertreten werden. Aufgrund der Erfahrungen, daß bundesweite Strukturen auf längere Frist kaum existenzfähig sind, wird primär eine regionale Praxis angestrebt. Es gibt aber auch einen bundesweiten Erfahrungsaustausch. Nicht ganz schlüssig war man sich in der Einschätzung der faschistischen Bewegung. Ob ein institutioneller Faschismus oder ein Faschismus mit Massenbasis die Form der zukünftigen Bedrohung darstelle oder sich diese beiden Spielarten in der Praxis eher ergänzen werden, werde erst die Zukunft zeigen.

Kritisiert wurde dieser Organisierungsansatz in der anschließenden Diskussion, vor allem deswegen, weil er sich auf die von der KPD initierte Antifaschistischen Aktion in der Weimarer Republik bezieht. Hier wurde eine unkritische Übernahme bemängelt, da dieses Modell damals autoritär, hierachisch, nationalistisch und patriarchal geprägt gewesen sei. Strukturelle Elemente also, die wenig mit einer befreiten Gesellschaft zu tun haben.
Dieses Organisierungsmodell wird augenblicklich unter dem Namen : 'Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation' schon praktiziert. Interessant ist, daß auch das Antifa-Info/Berlin sich in diesen Zusammenhang gestellt hat. Nach beiderseitiger Meinung sind die Diskussionen hitzig, aber durchaus produktiv.

Das Enblem der Antifaschistischen Aktion aus der Weimarer Republik wird nun allerdings nicht mehr verwendet. Es zeigen sich auch deutliche Diskrepanzen in der Einschätzung, ob nun der Antifakampf an sich revolutionär ist oder eben nicht. Letzteres wird vom Antifa-Info vertreten, während die Antifa(M) ier Perspektiven zur grundsätzlichen Umgestaltung der Gesellschaft sieht. Es sei darin erinnert, daß im ursprünglichen Konzept zur Organisierung deswegen der Antifa-Bereich gewählt wurde, weil hier die funktionsfähigsten Strukturen gegeben waren und sich die Organisierung auf die gesamte Autonome Szene bezog.
In der Diskussion zeigte sich ein so starkes Interesse an diesem Ansatz, daß dadurch andere Perspektivaspekte zu kurz kamen. Es ist zu hoffen, daß die beteiligten Genossen diesen Informationsbedarf registrieren und offen über den Prozeß des Zusammenkommens berichten, ihre Erfahrungen weitergeben und so die Diskussion über Organisierung zu intensivieren.

Die Lupus Gruppe zeigte sich als entschiedener Gegner des Göttinger Organisationsmodells. Die heutige Gesellschaft sei durch eine Dezentralisierung von Macht gekennzeichnet. Es gebe kein festes lokalisierbares Machtzentrum mehr. Daher sei der Kampf gegen den Faschismus, wenn er auch noch regional orientiert ist, nicht als reine Erbsenzählerei. Es sei eine irrige Annahme zu glauben, daß man den Faschismus dadurch besiegen könne, daß man nur jedem Neonazi zwei Antifaschisten gegenüberstellen müsse, die ihn dann weghauten. Dadurch würden sich die Autonome-Antifa letztendlich nur als Retter der bürgerlichen Demokratie präsentieren. Faschismus sei die Radikalisierung der kapitalistischen Normalität und damit nicht etwas total anderes, was an dessen Stelle gesetzt werde. Strukturelle Gewaltverhältnisse bilden in diesem Staat die Normalität. Ein Antifaschismus, der sich auf die Bekämpfung der offen auftretenden Faschisten reduziere, helfe nur mit, die Normalität des institutionalisierten Faschismus zu reproduzieren. Die eigene Wahrnehmung der Autonomen führe dazu, daß der keulenschwingende Skin, der Flüchtlinge attackiert, als eine schlimmere Dimension der Gewalt wahrgenommen werde, als der Grüne oder SPD'ler, die für ein Einwanderungsgesetz plädieren, welches sich an Nützlichkeitserwägungen der deutschen Wirtschaft orientiert. Eine gesetzliche Regelung der Einwanderung bedeute aber nur, daß die

Flüchtlinge in ihrer Heimat verrecken sollen, damit sie dann hier nicht erschlagen werden müssen. Diese Wahrnehmung führe dann dazu, daß Autonome sich an der Bonner Demo vom 14.11.92 beteiligten, zusammen mit liberalen Kräften, die in ihrer rassistischen Mehrheit nichts gegen Einwanderungsgesetze, Sammellager und sonstige Maßnahmen zur zahlenmäßigen Begrenzung von Flüchtlingen hätten.

Das Antifa/Info aus Berlin verwahrte sich gegen die ihrer Meinung nach platte Kritik am Organisationsmodell und kritisierte seinerseits den sektiererischen Ansatz der Lupus Gruppe, alleine als Rassisten zu bezeichnen, die eine etwas abweichende Meinung hätten. Die gründliche deutsche Linke hätte schon oft genug bewiesen, daß sie Leute, die nicht in ihr Schwarzweiß-Bild passen, ausgrenzt und wegsäubert. Es gelte Nuancierungen wahrzunehmen und Bündnisse einzugehen, Insbesondere da durchaus die Gefahr einer faschistischen Massenbewegung drohe, die aber nicht zwangsläufig auch die Macht übernehmen müsse. Es sei daher notwendig, den Kampf gegen den Faschismus an jedem Ort, überall wo er sich zeige, zu führen. Der Antifa-Kampf ist von seinem Wesen her nicht revolutionär. Gerade viele neugegründete Antifa-Gruppen könne man nicht als Linke bezeichnen. Diese meist aus Jugendlichen bestehenden Gruppen haben zuerst einmal nur keinen Bock auf die kurzgeschorenen Skins, sondern wollen eine andere Jugendkultur. Antifa-Kampf habe die Aufgabe, den Raum zu schaffen, in dem die Linke sich mit ihren Inhalten entfalten könne. Besonders in einigen Teilen der Ex-DDR zeige sich in aller Deutlichkeit, daß die Rechten durch ihre Vorherrschaft alle Ansätze von linker Organisierung sofort angreife und einen Entwicklungsprozeß nicht zulasse. Es komme nicht auf eine Bündelung noch vorhandener linker Kräfte an, sondern auf ein Zusammenkommen von vielen verschiedenen Menschen und Gruppen.

Die Kieler Avanti Zeitung überraschte durch den Einsatz moderner Lehrmittel. Mit Hilfe eines Overhead-Projektor wurde eine Systematisierung des gesellschaftlichen Kontextes und des antifischistischen Kampfes vermittelt:
Zusammenbruch des realen Sozialismus und Vereinigung mit der DDR bestimmen nachhaltig die Situation der Linken. Die Auswirkungen führten zu linkem Utopieverlust und Marginalisierung. Linkes Handeln wurde in offensive und defensive Bereiche getrennt. Als offensive Politikbereiche wurden benannt: Wohnungsnot, Lohnarbeit, Gesundheitsreform, Subkultur, Ökologie und Anti-Sexismus. Der defensive Bereich umfaßt den Komplex Bewahrung der Grundrechte, worunter auch Flüchtlingspolitik fällt. Als Defizitbereiche des Antita-Kampfes wurden benannt: Organisation, Kontinuität, Geschichtslosigkeit, geringe Frauenzahl, Argumentationsnot, Isolation im Ghetto, Militanz als Selbstzweck, Jung/Alt Erfahrungsunterschied und Vermittlung. Es wurde die Frage gestellt, ob man nicht, um die die eigene Isolation zu durchbrechen, bei Überfällen auf Behinderte mit dem Reichsbund der Behinderten und Kriegsopfer zusammenarbeiten müsse.
Die einzige Frau auf den Podium beklagte das Scheitern der Fantifa-Gruppen und sah als Grund hierfür die mangelnde Eigenständigkeit in der theoretischen Begründung dieser Arbeit. Fantifa hätte sich aber als Zusatz zur männerdominierten Antifaarbeit begriffen. Nicht aber als eigenständiger Ansatz, der von sich den Rahmen entwickelt und bestimmt. Aus der ZuhörerInnenschaft wurde der Wunsch nach Thematisierung von Sexismus in Antifakreisen geäußert. Bei einigen Demos in letzter Zeit sind Sprüche wie:'Bulle, geh doch nach Hause und prügele deine Frau' oder 'ob Ost, ob West, nieder mit der Frauenpest', gefallen.
Wegen der fortgeschrittenen Zeit vurde die Veranstaltung dann beendet. Viele Aspekte konnten nicht diskutiert werden. Es wäre zu hoffen, daß weitere Diskussionen, vor allem in dieser interessanten Zusammensetzung von autonomen Antifa-Gruppen, folgen.

Literaturtips:

Autonome Antifa(m)/Göttingen: 'Schafft die Antifaschistische
Einheit' (14 Thesen zum Imperialismus) Okt.92, 4.-DM
Kontakt: Äußerer Umschlag: Buchladen Rote Straße 10,
3400 Göttingen
Innerer Umschlag: Autonome Antifa(m)

Autonome Lupus-Gruppe: 'Geschichte, Rassismus und das Boot'
1992, Edition ID-Archiv, 20.-DM, in linken Buchläden erhältlich
Autonome Lupus-Gruppe: Doitschstunde, in: 'Metropolengedanken und
Revolution',1991, Edition ID-Archiv, 14.-DM

Radikal 145 u.146: Schneutzstunde (Kritik an Doitschstunde)
Antifaschistisches Info Blatt/Berlin, erscheint unregelmäßig,
4.-DM Gneisenaustr.2a, I Berlin 61

Antifa Autorenkollektiv Berlin: 'Drahtzieher im braunen Netz'
Edition ID-Archiv, 20.-DM, in linken Buchläden erhältlich
→

POLIZEITERROR GEGEN HAUSBESETZER/INNEN IN LEIPZIG

Vor wenigen Wochen war in den Medien von "Krawallen" in Leipzig die Rede, in deren Verlauf ein Jugendlicher von "Warnschüssen der Polizei schwer verletzt wurde. Wer sich fragte, was sich hinter diesen Meldungen verbirgt, konnte aus den Zeitungen nichts weiter erfahren.

WAS GESCHAH IN LEIPZIG?

In der Nacht vom 27. zum 28.11.92 kam es zu einem Zusammenstoß zwuischen mehreren Jugendlichen und einigen PolizistInnen im Leipziger Stadtteil Connewitz. Zwei Jugendliche wurden von der Polizei beschuldigt, sich an Autos zu schaffen gemacht zu haben. Die Härte des polizeilichen Vorgehens gegen die beiden führte dazu, daß weitere BewohnerInnen des Stadtteils dazukamen und sich mit den am Einsatz beteiligten 25 BeamtInnen zu streiten. Bei einem Handgemänge zog plötzlich eine Polizistin ihre Pistole, obwohl in keinem Moment eine Siuation entstand, in der sie oder andere PolizistInnen in Gefahr waren, und gab zwei Schüsse ab, von denen einer einen 17-jährigen Hausbesetzer in die Hüfte traf.
Nach den Schüssen kamen immer mehr Jugendliche zusammen, um gegen das polizeiliche Vorgehen zu protestieren und eine - in dieser Situation befürchtete - Räumung besetzter Häuser zu verhindern. Die eingesetzten Polizeikräfte eskalierten die Situation immer weiter, indem sie den angeschossenen Jugentlichen über eine halbe Stunde ohne medizinische Versorgung auf der Straße liegen ließen und auf Menschen, die Erste Hilfe leisten wollten, einprügelten.
Es kam zu ersten Straßenschlachten. Im weiteren Verlauf hatte die Polizei schließlich 360 BeamtInnen im Einsatz, darunter Sondereinsatzkomandos. Sie stürmten das städtisch geförderte Kulturprojekt "Zoro" und gingen mit äußerster Brutalität gegen die BesucherInnen einer dort stattfindenden Veranstaltung und die MitarbeiterInnen des "Zoro" vor.

Die BesucherInnen wurden aus den Räumen hinausgeprügelt und dort von einem Polizeispalier erwartet, von dem es für fast alle Schläge mit Gummiknüppeln auf Kopf und Oberkörper gab Nachden die Polizei die BesucherInnen des "Zoro" aus den Räumen vertrieben bzw. festgenommen hatte, kehrte sie zurück und demolierte die gesammte Inneneinrichtung des Kulturprojekts.

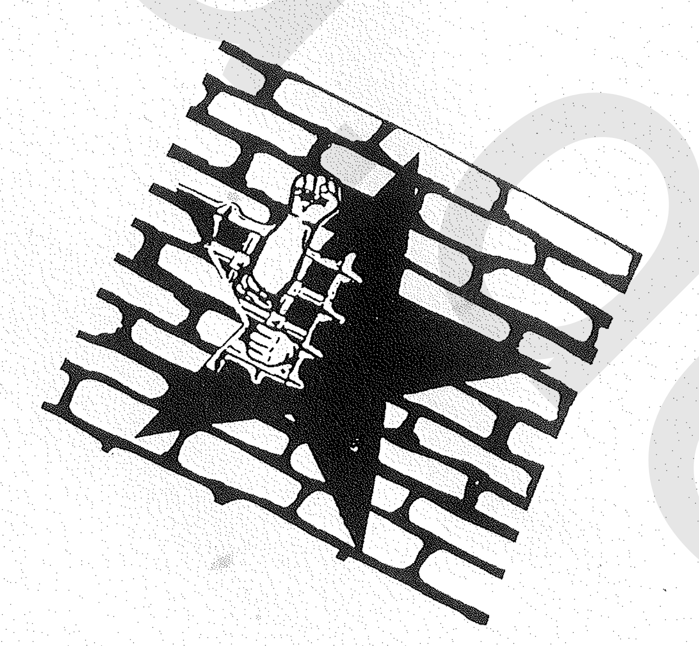
In den nächsten Stunden verteidigten sich ca. 150 Jugendliche unter anderem mit Barrikaden gegen die Polizeingriffe, die neben Knüpeln und Tränengas auch Wasserwerfer und Nebelgranaten einsetzte.

DIE AKTUELLE LAGE

In dieser Nacht wurden insgesammt 42 größtenteils unter 18-jährige Personen von der Polizei festgenommen und von BeamtInnen zum Teil schwer mißhandelt.
Am Montag, den 30.11.92 waren immer noch 36 Menschen inhaftiert.
Am Donnerstag, den 3.12. immer noch 21. Ihnen wird neben "schwerer Körperverletzung" und "schwerem Landfriedensbruch" zum Teil auch "versuchter Totschlag" vorgeworfen.
Obwohl sie seit mehr als 5 Tagen in Haft sind, gab es noch nicht bei allen einen Haftprüfungstermin, der gesetzich innerhalb von 48 Stunden hätte stattfinden müsen. Große Probleme bereitete auch die Organisation von AnwältInnen. Ein Teil der Festgenommenen berichtete von gewalttätigen Übergriffen von ebenfalls inhaftierten Neonazis gegen die Festgenommenen. Der Staatsschutz versucht, die illegale Gefangennahme über einen so langen Zeitraum dazu zu nutzen, von den Inhaftierten umfassende Infos über die Connewitzer Alternativ-Szene zu bekommen.



ZUM HINTERGRUND
Connewitz ist ein Stadtteil in Leipzig. Dieser Stadtteil sollte ursprünglich nach dem Anschluß der DDR an die BRD durch Flächenabriß vernichtet werden. Engagierte HausbesetzerInnen verhinderten dies.
Heute ist Connewitz ein Vorzeige-Sanierungsgebiet der Leipziger Stadtverwaltung, in dem nur eines stört: die Leute, die den Totalabriß verhindert haben.
Es gibt in Connewitz noch immer besetzte Häuzser und eine starke Szene aus Wohn- und Kulturprojekten. Um Connewitz zu einem Nobelviertel machen zu können, versucht die Stadt, diese und die alteingesessenen BewohnerInnen aus dem Stadtteil herauszudrängen.Erst vor wenigen Wochen wurde in der Leipziger Ratsversammlung ein Antrag der CDU auf Räumung aller besetzter Häuser behandelt.
In diesemZusammenhang muß der Polizeieinsatz vom 28.10 gesehen werden:
es gibt in Leipzig interessierte Kreise, die nach einem Vorwand suchen, der linken Szene in Connewitz eins auszuwischen, der selbsgemachte "Krawall" vom Wochenende erfüllt genau diesen Zweck. Diese Provokation war lange vorbereitet, anders ist das rasche Auftreten der großen Anzahl von PolizeibeamtInnen nicht zu erklären, ebensowenig das durch die Bank höchst brutale Vorgehen der eingesetzten BeamtInnen.
Auch die politische Rahmensituation ist wohl gewählt, demonstriert doch in den Augen der Medien der "Krawall" vom Wochenende in Leipzig, daß der Staat sowohl von Rechten als auch von Linken bedroht wird. Die als Kumpanei zu bezeichnende Untätigkeit von Polizei und Gerichten gegeüber neofaschistischen Gewalttätern wird öffentlichkeitswirksam durch verstärkten staatlichen Terror gegen AntifaschistInnen kompensiert.





WAS TUN?
Der tatsächliche Ablauf der Geschehnisse in Leipzig und ihre Hintergründe sind in den bürgerlichen Medien komplett verschwiegen oder verdreht worden, jede und jeder ist aufgefordert, linke Gegenöffentlichkeit zu schaffen.
Schon jetzt müssen von den HausbesetzerInnen in Connewitz mehrere Tausend Mark Anwaltskosten bezahlt werden.
SPENDET AUF DAS UNTEN ANGEGEBENE KONTO UND ORGANISIERT SOLIDARITÄTSAKTIONEN !
Die Betroffenen fordern die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Hummhomm, der Tipser) und natürlich die Freilassung aller Inhaftierten.
UNTERSTÜTZT DIE FORDERUNGEN UND SCHICKT SOLIDARITÄTSADRESSEN AN DIE CONNEWITZERINNEN.
WIR FORDERN DIE FREILASSUNG ALLER INHAFTIERTEN!

Im Januar oder Februar soll in der Flora ein Soli-Konzert für die inhaftierten ConnewitzerInnen stattfinden.
SPENDENKONTEN:
Bayrische Vereinsbank
Kontoinhaber: Mirko Rahn
Verwendungszweck: Connewitz
Kontonr.: 454 253 3
BLZ: 860 200 20

Oder:
Postgiro Dortmund
KontoinhaberIn:Rote Hilfe
Kontonr.:19 11 00- 462
Verwendungszweck:Leipzig

Soliadressen an: Conne Island
Koburgerstr. 3
O-7030 Leipzig

STREIT UM EIN TRANSPARENT - TEIL II

STELLUNGNAHME DER ANTIFA SCHANZEN1/4 ZU DER ZERRSTÖRUNG DES HONECKER TRANSPARENTES

Nach der sogenannten Wende haben wir uns in der Gruppe immer wieder mit dem Thema DDR und mit Menschen, die in der DDR gelebt haben, auseinandergesetzt.
Uns war klar, daß es in einem Prozeß gegen Erich Honecker nicht nur um seine Person gehen würde. "Mit Honecker sollen alle deutschen Kommunisten und die Gesellschaft, die sie aufbauen wollten, verurteilt werden."(Tomas Borge, Mitbegründer der FSLN in Nicaragua).
Nach Honeckers Festnahme haben wir ein Flugblatt und ein Transparent gemacht, um dem Versuch von Seiten der BRD entgegenzutreten, den historischen antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren, wozu sowohl Gerhard Bögelein als auch Erich Honecker gehören.
Wir haben nicht mit den Reaktionen, die dann kamen.
Zunächst wurde ein Transparent daneben gehängt, auf dem zu lesen war: "Dieser Spruch ist ein bißchen daneben." Wir haben uns die Entscheidung, dieses Transparent abzuhängen nicht leicht gemacht, aber wir haben Flugblatt und Transparent zum Honecker-Prozeß aus dem Grunde gemacht, weil zu diesem Zeitpunkt Solidarität mit Honecker als Antifaschist tabu war, und es in Hamburg sonst nichts dazu gab.
Beide Transparente nebeneinader hätten eine Verspottung unserer Arbeit und unserer Inhalte ergeben. Um diese zu vermeiden hätten wir unser Transparent abhängen müssen, was nicht in Frage kam. Außerdem konnten wir in dem anderen Transparent keine eigene inhaltliche Aussage entdecken.
Auch in dem letzten Artikel in der letzten ZECK war nur Widersprüchliches zu finden: Einerseits verurteilen die AutorInnen den Prozeß gegen Honecker, andererseits finden sie es "politisch falsch, offensiv die Freilassung Erich Honeckers zu fordern und dafür aktiv zu werden." Ja wie denn nun?
Wir gestehen jedem Menschen eine eigene Meinung zur DDR zu,*(das muß Perestroika sein!,d.S.)* dies darf aber nicht dazu führen, das die politische Arbeit anderer Gruppen kaputt gemacht wird!

Als das erste Transparent noch hing, wurden wir von der Bögelein-Prozeßgruppe darauf hingewiesen, daß Bögelein nicht neben Honecker auf einem Transparent stehen wolle, und daß wir seinen Namen von dem Transparent streichen sollten. Bevor wir es ändern konnten, war es weg.
Auf dem nächsten Transparent ließen wir also Bögeleins Namen weg. Wir finden den Wunsch Bögeleins aus seiner Geschichte nachvollziehbar, trotzdem sehen wir den politischen Zusammenhang in der aktuellen Verfolgung.

Das zweite Transparent wurde nicht nur runtergeschnitten, sondern außerdem noch beschmiert. Die Unterschrift mit "Aktionsgruppe Kurzer Prozeß" finden wir erschreckend. Unserer Meinung nach ist das nicht mehr die Sprache des Widerstandes, sondern der Repression.
Das die Aktion spontan, emotional und unüberlegt war, wie ihr im ZECK geschrieben habt, haben wir bemerkt. Solche Fehler darf man nur einmal machen. Wir finden auch, daß wir als Linke keine Grabenkämpfe leisten können und fordern, daß Transparente in/an der Flora hängen bleiben.
Die Anonymität der Aktion ist ein Sich-Drücken vor der Diskussion und damit unpolitisch. Deshalb bieten wir nach wie vor unseren offenen Termin an (Jeden 1. Dienstag im Monat in der Roten Flora), um die Diskussion zu führen.

DIE BRD IST EIN UNRECHTS-STAAT
FREILASSUNG VON ERICH HONECKER UND ALLEN ANDEREN INHAFTIERTEN ANTIFASCHISTINNEN!

Antifa Schanzenviertel

AASFRASS UND VEGANISMUS

IM FOLGENDEN DOKUMENTIEREN WIR EINEN AUSZUG AUS DEM SELBSTVERSTÄNDNIS DES "TIERSCHUTZ AKTIV NORD"

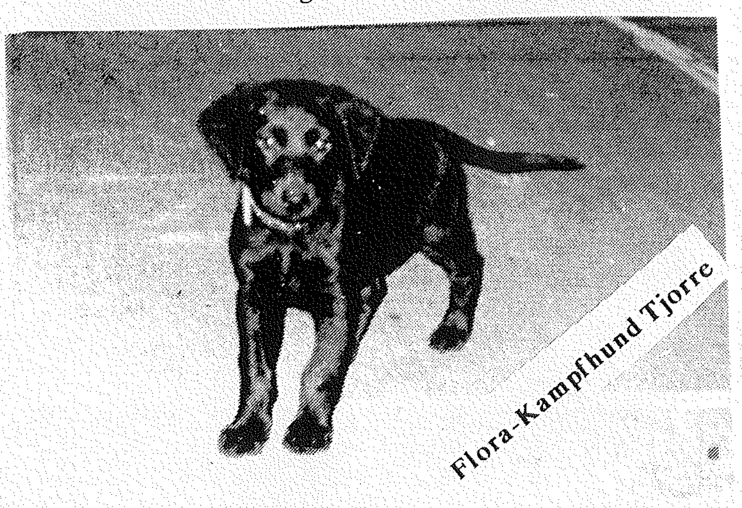
Der Mensch lebt nicht von Brot allein...
Sondern auch von zermuster Gänseleber, Käse, Quark, Joghurt, Eiern, ... und besonders gut leben die Menschen, die das ganze Zeug verhökern.
Aas, Milchprodukte und Eier werden als besonders lecker, energiespendend, wertvoll und als Ausdruck von Freude und Freiheit oder sonstwie angepriesen.
Produkte von Tieren sind zu Symbolen von "Genuß" und "Kultur" gemacht worden und für die meisten Menschen ist es nicht vorstellbar, sich ohne sie zu ernähren.
Gerade bei der Frage nach der Ernährung reagieren viele aggressiv, wenn sie auf ihren Konsum von Tierprodukten angesprochen werden. So wird in Diskussionen und Gesprächen immer wieder darüber gestritten, inwieweit das Prinzip, "keine HERRschaft" auszuüben, auch auf Tiere übertragbar ist. Dabei wird dann zwar oft der Punkt erreicht, an dem jede HERRschaft kritisiert werden kann, jene über Tiere jedoch völlig inkonsequenterweise ausgeklammert und dabei stets auf die angebliche Notwendigkeit des Konsums von Tierprodukten verwiesen wird.
So verteidigen viele Menschen ihren Aasfraß damit, daß Tiere schon immer von Menschen gejagt und gegessen worden seien und daß sie ohne Aas nicht leben könnten.
Dies stimmt jedoch nicht, weil der Mensch zum Leben keine Tierprodukte braucht und weil das Töten und Ausbeuten von Tieren allein aus (einer sehr fragwürdigen) Tradition kein Argument sein kann.
Auch beachten diese Menschen nicht, daß z.B. viele Völker aus der indischen Region sich Jahrtausende lang vegan ernährt haben und erst durch den Kolonialismus zum Aasfraß und Konsum von Tierprodukten gezwungen worden sind.
Fleisch zu essen, bedeutet, ein Stück von einem toten Tier zu essen und somit verantwortlich an der Haltung und an der Ermordung des Tieres im Schlachthof zu sein.
Eier und Milchprodukte zu konsumieren bedeuted fast das Gleiche. Kühe geben nicht einfach so Milch. Sie müssen einmal im Jahr kalben, damit sie gemolken werden können. Die Kälber werden von den Kühen getrennt und künstlich ernährt, um dann getötet und gegessen zu werden.

Alle Kühe leben dabei in Gefangenschaft (von der Bio-Kuh bis zur Massentierhaltung) mit all ihren Folgen für die Tiere. Tiere in der Massentierhaltung überstehen diese nur, weil sie mit Medikamenten und Drogen vollgestopft werden.

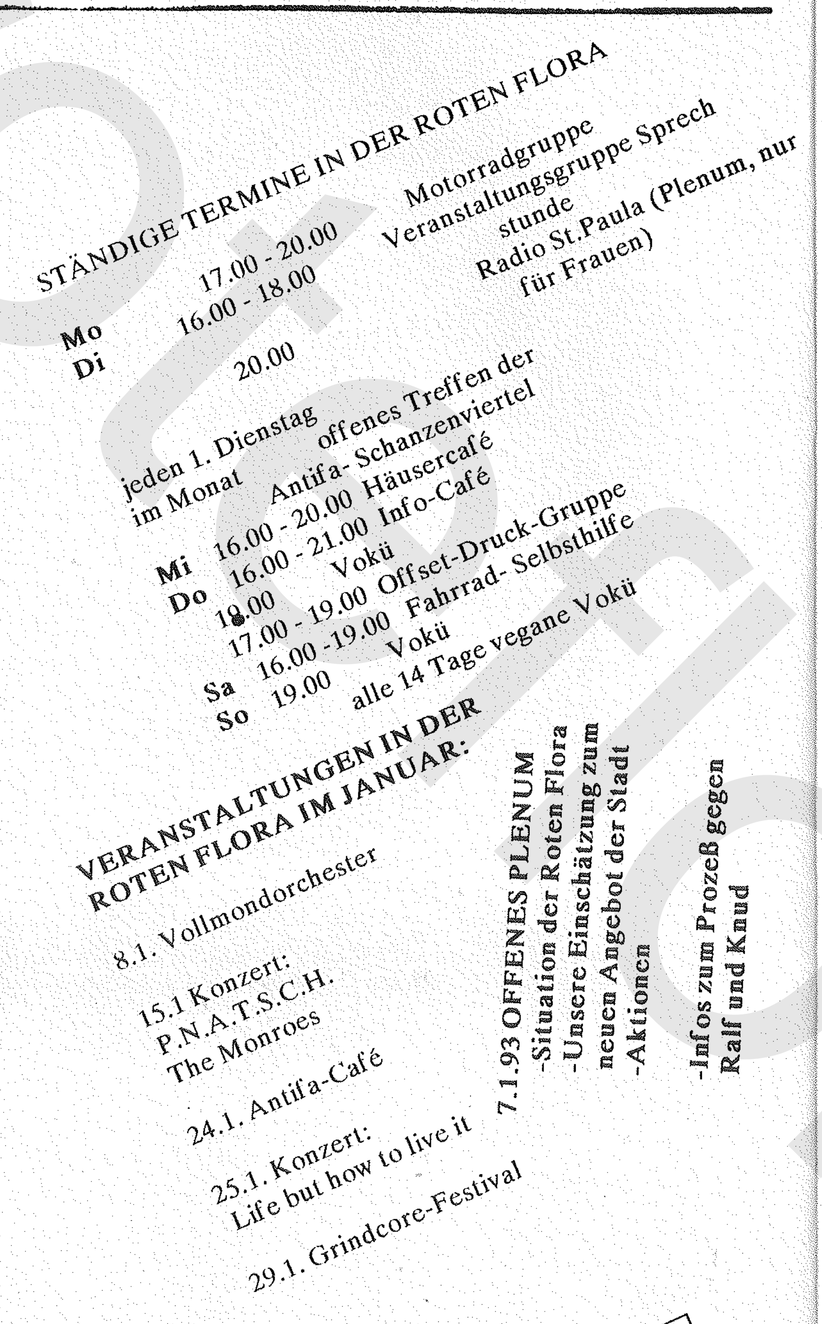
Die Ausbeutung geht dabei soweit, daß sich die völlig überreizten Euter entzünden. Blut und Eiter in der Milch werden untergerührt und teilweise mit Antibiotika "unschädlich" gemacht. Kühe, die nicht mehr genug Milch geben, werden getötet.
Um dem Menschen beim Konsum von Tierprodukten das Verdrängen der Tierqualen besonders leicht zu machen, hat sich die Tierprodukt industrie einiges einfallen lassen.
So werden glückliche Kühe auf saftigen Wiesen gezeigt, die ihre Milch sogar selber anbieten. Die Wurst sieht nicht nach toten Tieren sondern nach Max- und Moritzgesichtern aus, und neuerdings heißt der Ort, wo die Tiere getötet werden nicht mehr Schlachthof sondern "Frischmarkt".
Viele Menschen meinen, das VeganerInnen PflanzenmörderInnen seien. Das stimmt. AasfresserInnen und Ovo-Lacto-VegetarierInnen konsumieren jedoch über die Tierprodukte wesentlich mehr Pflanzen als VeganerInnen, da die Tiere ja erstmal mit Pflanzen gefüttert werden müssen.
Die extremste Form der Tierausbeutung und -ermordung ist die Massentierhaltung. Hühner z.B. werden zu zehntausenden jeweils zu dritt in körpergroße Käfige gesperrt. Durch den Psychoterror hacken sie sich gegenseitig die Augen aus oder bringen sich gegenseitig um. Falls sie nicht während der Käfighaltung oder während des Transports zum Schlachthof gestorben sind, werden sie dort - nur wenige Wochen alt - kopfüber mit den Füßen in Schlaufen hängend von einer Halsabschneidemaschine geköpft.
Um Aas produzieren zu können muß mensch ungefähr das zehnfache an pflanzlicher Nahrung aufwenden, für Milch und Eier ungefähr das fünffache wie für eine vegane Ernährung.
Teile des Tierfutters stammen aus dem Trikont. Der Fleisch und Milchproduktkonsum ist mitverantwortlich für den Hungertod der Menschen im Trikont, deren Nahrung von ihren Regierungen und westlichen Industriellen in Industrienationen exportiert wird.
Die Massentierhaltung bringt auch ökologische Katastrophen mit sich. Die konzentrierte Gülle wird nicht nur als Dünger sondern meistens zur Abfallbeseitigung auf die Felder gebracht. Die

Folgen sind Überdüngung der Gewässer und das damit verbundene Sterben von Pflanzen und Tieren.
Das Abschaffen der Massentierhaltung allein kann jedoch keine Lösung sein. Auch das Bio-Schwein wird in Gefangenschaft gehalten, um getötet und gegessen zu werden.
Das Essen von Aas bringt auch selbst den KonsumentInnen große gesundheitliche Schädigungen. Krankheiten wie z.B. Gicht und Herzinfarkt sind auf den zweifelhaften "Genuß" von Kadavern zurückzuführen. Wenn die Aasindustrie uns vollends ausgenutzt hat , und wir vor Gicht nicht mehr krabbeln können, ist die Pharmaindustrie mit dem Verdienen dran. Wir werden massenhaft mit an Versuchstieren erprobten Medikamenten vollgestopft, bis wir endgültig verrecken.
Es ist nicht besonders schwer und außerdem noch lecker sich vegan zu ernähren, wenn mensch sich an ein paar Grundregeln hält, die in veganen Kochbüchern aber auch in einigen Vollwert- Bio- oder makrobiotischen Kochbüchern stehen.
Richtig schwierig wird es erst, wenn ein durchschnittliches Restaurant oder ein Supermarkt aufgesucht wird. Hier vegane Produkte zu finden ist erst nach langer Suche möglich. Die Aas- Eier- und Milchproduktindustrie hat sich durchgesetzt und alternative Produkte verdrängt.
Teile toter Tiere sind in viel mehr Lebensmitteln enthalten, als mensch erstmal denkt.
LAB ist ein Extrakt ausgepreßter Kälbermägen und wird zur Herstellung von Schnittkäse verwendet.
GELATINE sind zermahlene Knochen und in Süßkram, Margarine, Joghurt etc. drin.
Sogenannte TIERISCHE FETTE sind eine Mischung aus ausgepreßten Tierleichenresten und extrahierten Milchprodukten und machen Kekse, Kuchenetc. zum tierischen Genuß.
GESCHMAKSVERSTÄRKER können gepreßte, zermuste Küken sein.
Klar ist, daß es mensch schwer gemacht wird auf Tierprodukte zu verzichten. Dies kann jedoch keine Begründung dafür sein, daran nichts zu ändern!

Vorabveröffenlichung aus T.A.N.-Selbstverständnis



Flora-Kampfhund Tjorre



STÄNDIGE TERMINE IN DER ROTEN FLORA

Mo 17.00 - 20.00 Motorradgruppe
Di 16.00 - 18.00 Veranstaltungsgruppe Sprechstunde
20.00 Radio St.Paula (Plenum, nur für Frauen)

jeden 1. Dienstag im Monat offenes Treffen der Antifa- Schanzenviertel
Mi 16.00 - 20.00 Häusercafé
Do 16.00 - 21.00 Info-Café
18.00 Vokü
17.00 - 19.00 Offset-Druck-Gruppe
Sa 16.00 -19.00 Fahrrad- Selbsthilfe
So 19.00 Vokü
alle 14 Tage vegane Vokü

VERANSTALTUNGEN IN DER ROTEN FLORA IM JANUAR:

8.1. Vollmondorchester

15.1 Konzert: P.N.A.T.S.C.H. The Monroes

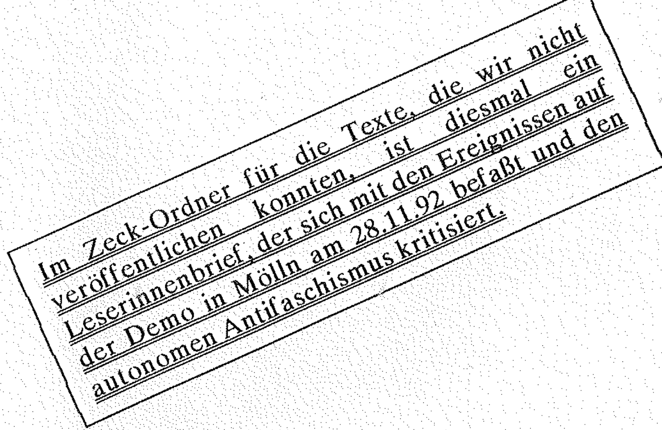
24.1. Antifa-Café

25.1. Konzert: Life but how to live it

29.1. Grindcore-Festival

7.1.93 OFFENES PLENUM
-Situation der Roten Flora
-Unsere Einschätzung zum neuen Angebot der Stadt
-Aktionen

-Infos zum Prozeß gegen Ralf und Knud



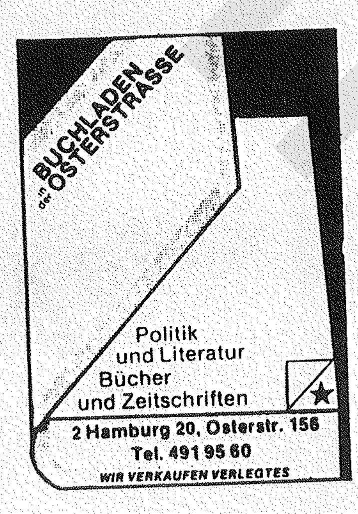
Im Zeck-Ordner für die Texte, die wir nicht veröffentlichen konnten, ist diesmal ein Leserinnenbrief, der sich mit den Ereignissen auf der Demo in Mölln am 28.11.92 befaßt und den autonomen Antifaschismus kritisiert.



Oliver Tolmein,
Stammheim vergessen
Konkret-Verlag 1992
24.-

D.Schulze-Marmeling,
Der gezähmte Fußball
Verlag Die Werkstatt '92
32,-

Sara Gül Tarun,
Freiwild
- Meine Zeit in einem deutschen Gefängnis
Zebulon-Verlag 1992
24,80







Entfesselte Fans

Flora
Frauenchor
Fanclub

Es sang der Frauenchor im Ex
Vor 50 000 Schwarz-Vermummten
Am 4.12. in Berlin
Extase packte Zapp und Spex
Es klatschten selbst die ganz Verdummten
Auch wir vom ZECK sind weg und hin

aus:
Flora-Öffentlichkeitsgruppe,

ZECK - Der Tragödie zehnter Teil

(Ungeheures Getöse verkündet das Herannahen der Sonne)

Horchet! horcht dem Sturm der Horen![1]
Tönend wird für Geistesohren
Schon der neue Tag geboren.
Felsentore knarren rasselnd,
Phöbus'[2] Räder rollen prasselnd,
Welch Getöse bringt das Licht!
Es trommetet, es posaunet,
Auge blinzt und Ohr erstaunet,
Unerhörtes hört sich nicht.
Schlüpfet zu den Blumenkronen,
Tiefer, tiefer, still zu wohnen,
in die Felsen, unters Laub;
Trifft es euch, so seid ihr taub.

aus:
Johann Wolfgang Goethe, Faust- der Tragödie zweiter Teil

1) Horen: griechische Göttinnen der Jahreszeiten und der sittlichen Ordnung
2) Phöbus: Beiname Apolls, Sohn des Zeus und der Leto; Gott der Vegetation, schützt Acker und Vieh; Gott der Künste, Anführer der Musen, verleiht die Kraft des Gesanges